

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

205

Fabia Sondhof

Beschlussmängelstreitigkeiten in Personengesellschaften und ihre Entscheidung vor Schiedsgerichten



Nomos

Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago)

Prof. Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon)

Begründet von

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Manfred Lieb

Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Band 205

Fabia Sondhof

Beschlussmängelstreitigkeiten in Personengesellschaften und ihre Entscheidung vor Schiedsgerichten



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Münster, Univ., Diss., 2022

ISBN 978-3-8487-8925-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-3206-2 (ePDF)

D6

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/2022 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Tätigkeit am Institut für Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, Abt. II, ebendort. Rechtsprechung und Literatur wurden bis Anfang Oktober 2021 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Prof. Dr. Johann Kindl, der mich auf vielfältige Weise gefördert und bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt hat. Die Zeit als Mitarbeiterin an seinem Institut war sehr lehrreich und ich werde diese stets in bester Erinnerung behalten. Ebenso möchte ich Prof. Dr. Ingo Saenger für die zeitnahe Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Zu tiefem Dank bin ich auch meinen Eltern verpflichtet, die mich stets unterstützt und diese Arbeit erst möglich gemacht haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Fabia Sondhof
Münster im März 2022

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	19
B. Beschlussmängel der Personengesellschaften	22
I. Rechtsnatur von Stimmabgabe und Beschluss	23
1) Die Stimmabgabe	23
2) Beschluss und Beschlussgegenstände	25
3) Mögliche Rechtsfolgen fehlerhafter Beschlüsse	26
a) Scheinbeschluss	27
b) Nichtiger Beschluss	28
c) Anfechtbarer Beschluss	28
d) Schwebend unwirksamer Beschluss	29
e) Ordnungswidriger Beschluss	30
II. Bisherige Behandlung von Beschlussmängeln der Personengesellschaften	30
1) Nichtigkeit fehlerhafter Beschlüsse	30
a) Prozessuale Geltendmachung der Nichtigkeit	32
b) Kritische Würdigung	35
2) Analoge Anwendung der §§ 241 ff. AktG	39
a) Planwidrige Regelungslücke	41
b) Vergleichbarkeit der Interessenlage	41
aa) Formalisierung des Beschlussverfahrens	42
bb) Beschlussgegenstände	42
cc) Richtigkeitsgewähr durch notarielle Beurkundung	43
dd) Realstruktur der Gesellschaften	44
ee) Bedürfnis nach Rechtssicherheit	45
c) Zwischenergebnis	46
d) Ablehnung der Analogie bei allen Personengesellschaften?	47
aa) Publikumsgesellschaften oder körperschaftlich strukturierte Gesellschaften	47
bb) Mehrheitlich beschließende Gesellschaften	49

Inhaltsverzeichnis

3) Andere Ansätze aus der Literatur	51
a) Noack	51
b) Kritische Würdigung	52
c) Fehrenbach	54
d) Kritische Würdigung	55
4) Richterliche Rechtsfortbildung durch den BGH in der Entscheidung „Schiedsfähigkeit III“ – BGH I ZB 23/16?	57
III. Reform des Beschlussmängelrechts	59
1) Behandlung des Beschlussmängelrechts auf dem 72. DJT	61
2) Beschlussmängelrecht nach dem Mauracher Entwurf	62
a) Beschlussfassung	63
b) Differenzierung zwischen Anfechtbarkeit und Nichtigkeit	63
aa) Anfechtbarkeit	64
bb) Nichtigkeit	64
cc) Insbesondere: Nichtigkeit wegen eines Verstoßes gegen unverzichtbare Rechtsvorschriften	64
c) Einführung einer Gestaltungsklage mit Rechtskrafterstreckung	68
d) Aktiv- und Passivlegitimation	69
e) Klagefrist	70
f) Ausschließlicher Gerichtsstand und Streitwertbestimmung	71
g) Nichtigkeitsklage	71
h) Ausgestaltung als dispositive Regelungen	71
3) Beschlussmängelrecht nach dem Referentenentwurf	72
4) Beschlussmängelrecht nach dem Regierungsentwurf	73
5) Gesetzesentwurf	74
C. Beschlussmängelrecht der Personengesellschaften de lege ferenda	75
I. Anwendbarkeit	76
II. Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe	79
1) Nichtigkeitstatbestand entsprechend § 241 Nr. 1 AktG	81
2) Nichtigkeitstatbestand entsprechend § 241 Nr. 3 AktG	82
a) Verstoß gegen gläubigerschützende Vorschriften	82
b) Verstoß gegen im öffentlichen Interesse bestehende Vorschriften und Unvereinbarkeit mit dem Wesen der AG	83
3) Nichtigkeitstatbestand entsprechend § 241 Nr. 4 AktG	85

4) Nichtigkeitserklärung aufgrund von rechtskräftiger Anfechtungsklage	86
5) Weitere allgemeine Nichtigkeitsgründe	88
6) Ergebnis	90
III. Regelungen über Verfahren und Form der Beschlussfassung	91
1) Verfahren und Form der Beschlussfassung	91
a) Gesellschafterversammlung als vorgeschriebenes Organ	92
b) Verfahren und Form der Beschlussfassung	97
c) Regelung über den Ausschluss vom Stimmrecht	99
aa) Anwendungsbereich einer Norm über den Stimmrechtsausschluss	101
bb) Insbesondere: Vornahme eines Rechtsgeschäfts mit einem Gesellschafter	103
cc) Rechtsfolgen	106
2) Erfordernis einer förmlichen Beschlussfeststellung?	106
a) Beschlussfixierung als notwendige Voraussetzung einer Anfechtungsklage	107
b) Beschlussfeststellung durch einen Versammlungsleiter	109
c) Alternative Formen der Beschlussfeststellung	112
aa) Niederschriterfordernis nach § 40 öGmbHG	112
bb) Niederschrift auf Verlangen entsprechend § 83 GmbHG-E 1971/1973	113
3) Gesetzgebungsvorschlag	114
IV. Einschränkung der Anfechtungsbefugnis	115
1) Funktion der Anfechtungsklage	116
2) Nicht auf die Personengesellschaften übertragbare Einschränkungen der Anfechtungsbefugnis gemäß § 245 AktG	118
3) Einschränkung der Anfechtungsbefugnis bei Zustimmung zum Beschluss	119
4) Entfallen der Anfechtungsbefugnis aus anderen Gründen	123
a) Verzicht auf das Anfechtungsrecht	123
aa) Ausdrücklicher Verzicht	123
bb) Konkludenter Verzicht durch Zustimmung zum Beschluss	124
cc) Konkludenter Verzicht durch Schweigen bei der Abstimmung	126
b) Widersprüchliches Verhalten	126

Inhaltsverzeichnis

5) Widerspruchserfordernis	129
a) Anforderungen an den Widerspruch im Aktienrecht	129
b) Kritik am Widerspruchserfordernis	130
c) Übertragung des Widerspruchserfordernisses auf andere Gesellschaftsformen	131
d) Übertragung auf die Personengesellschaften?	133
6) Verpflichtung zur Rüge erkannter Mängel	134
a) Rechtsfolgen einer unterlassenen Rüge	135
b) Form und zeitliche Begrenzung der Rüge	138
c) Erfordernis einer gesetzlichen Normierung	139
7) Geltendmachung individueller Betroffenheit	140
8) Ergebnis	143
V. Alternativen zur ex tunc Nichtigkeit von Beschlüssen	144
1) Durchführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung	144
a) Kritik an der Interessenabwägung des § 246a Abs. 2 Nr. 3 AktG	146
b) Überführung einer abgewandelten Verhältnismäßigkeitsprüfung in das Hauptverfahren	147
2) Richterliche Abwägung der Rechtsfolgen	149
a) Beschränkung der Nichtigkeitsfolge	150
b) Feststellung der Fehlerhaftigkeit und Verpflichtung zur Veröffentlichung des Tenors an geeigneter Stelle	154
c) Verhängung eines Rügegeldes	156
d) Schadensersatzansprüche	157
3) Kriterien der Interessenabwägung	158
a) Schwere des Verstoßes	159
b) Nachteile	160
c) Berücksichtigung der Interessen der nicht am Verfahren beteiligten Gesellschafter	161
4) Ergebnis	163
VI. Befristung der Beschlussmängelklagen	163
1) Länge der Frist	164
2) Fristbeginn	167
a) Mauracher Entwurf	168
b) Entwurf zur Reform des GmbHG 1971/1973	171
c) Referenten- und Regierungsentwurf	172
3) Befristung der Nichtigkeitsklage?	173
4) Ergebnis	175

VII. Zuständigkeit	176
1) Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit	177
a) Passivlegitimation der Gesellschaft	177
b) Passivlegitimation der dissentierenden Gesellschafter	180
c) Konsequenzen für das Erfordernis einer ausschließlichen örtlichen Zuständigkeit	181
2) Bestimmung der sachlichen Zuständigkeit	181
3) Ergebnis	184
VIII. Streitwertbestimmung	185
1) Berücksichtigung des Beklagteninteresses zur Verhinderung unverhältnismäßig niedriger Streitwerte	185
2) Rechtfertigung des gesteigerten Kostenrisikos wegen der Rechtskrafterstreckung	186
3) Verhinderung missbräuchlicher Anfechtungsklagen als Grund für die abweichende Streitwertbestimmung	189
4) Ergebnis	189
IX. Kostenerstattungsanspruch	190
1) Prozessuale Ebene: Korrektur nach §§ 91 ff. ZPO	192
2) Schaffung einer § 49 Abs. 2 WEG a. F., § 81 Abs. 4 FamFG vergleichbaren Regelung	193
a) § 49 Abs. 2 WEG a. F.	194
b) § 81 Abs. 4 FamFG	195
c) Regelung im Personengesellschaftsrecht?	195
3) Materiell-rechtliche Ebene	197
a) Anspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag	198
b) Verschuldensunabhängiger Aufwendungsersatzanspruch gemäß § 670 BGB (analog)	199
c) Vertraglicher Schadensersatzanspruch wegen Verletzung der Treuepflicht	200
aa) Vorsatz	203
bb) Fahrlässigkeit	203
cc) Eigene Bewertung	205
d) Anspruch aus §§ 823 ff. BGB	207
4) Ergebnis	210
X. Zusammenfassung der Gesetzgebungsvorschläge	210

Inhaltsverzeichnis

D. Beschlussmängelstreitigkeiten vor Schiedsgerichten	213
I. Grundlagen der Schiedsgerichtsbarkeit	214
1) Legitimation von Schiedsgerichten	214
2) Vorzüge und Nachteile des Schiedsverfahrens	215
a) Unparteilichkeit der Schiedsrichter	215
b) Einfluss auf die Zusammensetzung des Spruchkörpers	216
c) Organisation	217
d) Geheimhaltung	217
e) Verfahrensdauer	218
f) Kosten	219
g) Bessere Eignung für Einigungen	221
h) Präcedenzwirkung	221
3) Begründung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts	221
a) Schiedsvereinbarung nach § 1029 ZPO	222
aa) Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung	222
bb) Notwendiger Inhalt der Schiedsvereinbarung und Bindungswirkung	224
b) Begründung des Schiedsgerichts durch Verfügung nach § 1066 ZPO	226
aa) Ablehnung der Anwendung des § 1066 ZPO	226
bb) Befürwortung der Anwendung des § 1066 ZPO	227
cc) Differenzierende Ansicht	229
dd) Kritische Würdigung	230
II. Schiedsfähigkeit im engeren Sinne	231
1) Vermögensrechtliche Streitigkeit im Sinne des § 1030 Abs. 1 S. 1 ZPO	232
a) Anspruch	232
b) Vermögensrechtlich	233
aa) Historie	234
bb) Telos	235
(1) Vermögensrechtlicher Charakter der Gesellschaftsform	235
(2) Vermögensrechtlicher Charakter der Mitgliedschaft	236
(3) Relevanz des konkreten Beschlussfehlers	237
(4) Maßgeblichkeit des Beschlussgegenstands	238
(5) Differenzierung anhand des Gesellschaftszwecks	239

2) Nichtvermögensrechtliche Streitigkeit, § 1030 Abs. 1 S. 2 ZPO	242
a) Objektive Vergleichsbefugnis	242
b) Subjektive Vergleichsbefugnis	245
3) Ergebnis	247
III. GmbH-rechtliche Beschlussmängelklagen als Ausgangspunkt der „Schiedsfähigkeit“	248
1) Meinungsbild vor der Entscheidung BGH II ZR 124/95	249
2) „Schiedsfähigkeit I“ – BGH II ZR 124/95	250
3) Rezeption der Entscheidung in der Literatur	252
4) „Schiedsfähigkeit II“ – BGH II ZR 255/08	253
5) Exkurs: Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen der AG vor Schiedsgerichten	254
a) Schiedsklauseln	255
b) Schiedsabreden	258
c) Geltung der Mindestanforderungen des BGH für die AG	259
IV. Personengesellschaftsrechtliche Beschlussmängelklagen vor Schiedsgerichten	260
1) Bisheriger Meinungsstand in der Literatur	260
2) „Schiedsfähigkeit III“ – BGH I ZB 23/16	261
3) Die Mindestanforderungen des BGH im Einzelnen	261
a) Allseitige Schiedsbindung	261
aa) Vertragliche Einführung einer Schiedsvereinbarung	262
bb) Einführung, Änderung oder Aufhebung einer Schiedsvereinbarung durch Beschluss	264
(1) Einführung	264
(2) Anpassung	266
(3) Aufhebung	267
cc) Pflicht zur Anpassung einer unwirksamen Schiedsvereinbarung aufgrund der gesellschaftlichen Treuepflicht?	268
b) Information und Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung	270
aa) Information	271
bb) Nebenintervention	272
(1) Zulassung der Nebenintervention im Schiedsverfahren	273

Inhaltsverzeichnis

(2) Zustimmungserfordernisse	274
(a) Zustimmung der Parteien	274
(b) Zustimmung des Schiedsgerichts	277
c) Mitwirkung bei der Schiedsrichterauswahl	279
aa) Auswahlberechtigung	280
bb) Schiedsrichterbenennung durch die Parteien	281
(1) Mehrheitsentscheidung bei der Auswahl der Schiedsrichter	283
(a) Zulässigkeit von Mehrheitsentscheidungen	283
(b) Ablehnung von Mehrheitsentscheidungen	285
(c) Zulässigkeit von Mehrheitsentscheidungen bei gleichgerichteten Interessen	286
(d) Eigene Bewertung	287
(2) Bestimmung der Mehrheit	288
(3) Nichteinigung einer Seite auf einen Schiedsrichter	290
cc) Anderweitige Arten der Schiedsrichterbenennung	292
d) Sicherstellung der Konzentration vor einem Schiedsgericht	295
aa) Verhinderung der Konkurrenz von staatlicher und Schiedsgerichtsbarkeit	295
(1) Anhängigmachung eines Verfahrens vor einem staatlichen Gericht während eines schwebenden Schiedsverfahrens	296
(2) Einleitung eines Schiedsverfahrens nach Rechtshängigkeit bei einem staatlichen Gericht	298
bb) Verhinderung der Konkurrenz mehrerer Schiedsgerichte untereinander	299
4) Ergebnis	300
V. Bewertung der Mindestanforderungen	302
1) Bewertung der Mindestanforderungen unter Geltung des Feststellungsmodells	305
a) Allseitige Schiedsbindung	305
b) Information und Beteiligungsmöglichkeit	305
c) Mitwirkung bei der Schiedsrichterbestellung	308
d) Verfahrenskonzentration	308
e) Ergebnis	310
2) Bewertung der Mindestanforderungen bei Passivlegitimation der Gesellschaft	310
a) Allseitige Schiedsbindung	312

b) Information und Beteiligungsmöglichkeit	313
c) Mitwirkung bei der Schiedsrichterbestellung	315
d) Verfahrenskonzentration	315
e) Ergebnis	316
VI. Rechtsfolgen einer unzureichenden Schiedsvereinbarung	317
1) Rechtsfolgen der Nichteinhaltung der Mindestanforderungen für die Schiedsvereinbarung	317
a) Nichtigkeit der Vereinbarung nach § 138 BGB	317
b) § 1034 Abs. 2 S. 1 ZPO als Einfallstor für eine allgemeine Gerechtigkeitskontrolle der Schiedsvereinbarung	320
c) Undurchführbarkeit der Schiedsvereinbarung nach § 1032 Abs. 1 ZPO	323
aa) Allseitige Schiedsbindung	325
bb) Information und Nebenintervention	326
cc) Schiedsrichterbestellung	326
dd) Verfahrenskonzentration	327
ee) Zwischenergebnis	327
d) Mangelnde Schiedsfähigkeit nach § 1030 Abs. 3 ZPO	327
e) Anpassung einer unzureichenden Vereinbarung durch ergänzende Vertragsauslegung	329
2) Rechtsfolgen unzureichender Schiedsvereinbarungen für das Schiedsverfahren	331
E. Zusammenfassung in Thesen	335
F. Literaturverzeichnis	341

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen richten sich nach: *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Auflage 2018.

